

Ausländerbeiräte über die Ausländerpolitik

Die Bundesregierung stellt nach Ansicht der Ausländerbeiräte zu hohe Anforderungen an ausländische Eltern. Dass im Koalitionsvertrag bereits allein mangelnde Deutschkenntnisse als Bedrohung des Kindeswohls betrachtet würden, sei mehr als überzogen, erklärte die Bundesversammlung der Beiräte am 6. Dezember 2009 nach einer Sitzung in Saarlouis. Mangelnde Deutschkenntnisse dürften nicht in die Nähe eines Straftatbestands gerückt werden. Die Koalition hat vereinbart, dass Eltern zu Integrationskursen verpflichtet werden können, falls ihre mangelnden Kenntnisse das Kindeswohl gefährden.

Positiv bewerten die Vertreter der Landesverbände und rund 320 kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte die geplante Ausweitung von Sprachkursen, Pläne zur frühkindlichen Sprachförderung und eine Regelung zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie die Fortsetzung der Deutschen Islamkonferenz.

Die Delegierten wählten Dr. Karamba Diaby aus Halle zu ihrem neuen Vorsitzenden.